

# Erste Weichen gestellt: Entschlossener Start in die neue Amtsperiode

Bericht von der Delegiertenversammlung am 28. Februar 2024

Nach der Wahl ist vor der Wahl. In ihrer dritten Sitzung waren die neu gewählten Delegierten aufgerufen, die Ausschüsse der Ärztekammer Berlin, die Vertreterversammlung der Berliner Ärzteversorgung und die Abgeordneten zum Deutschen Ärztetag zu wählen. Für die letztgenannte Wahl musste zunächst über das Wahlverfahren selbst abgestimmt werden. Weitere Themen waren die politische Willensbildung der Delegiertenversammlung sowie der Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

Auf die Begrüßung der Delegierten durch PD Dr. med. Peter Bobbert (Marburger Bund), Präsident der Ärztekammer Berlin, folgten Fragen von Julian Veelken (FrAktion Gesundheit). Unter anderem fragte er nach dem Inhalt des in den „Mitteilungen des Vorstandes“ erwähnten Termins des Präsidenten mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Lars Lindemann (FDP). Bobbert berichtete, dass er auf Wunsch des Bundestagsabgeordneten ein Gespräch geführt hat, das im Wesentlichen zum Kennenlernen diene. Zudem kündigte Bobbert an, dass der Vorstand die bevorstehende Klausursitzung unter anderem dazu nutzen werde, sich Gedanken über das Format „Mitteilungen des Vorstandes“ zu machen. In Zukunft solle umfassender über die Aktivitäten aller Vorstandsmitglieder berichtet werden. Bisher lag der Schwerpunkt auf den Aktivitäten des Präsidenten.

Der nächste Tagesordnungspunkt sah die Wahl der Ausschüsse der Ärztekammer Berlin für die 16. Amtsperiode vor. Der Ältestenrat habe die Ausschüsse prioritär generationsübergreifend und paritätisch besetzt, sagte Bobbert. Zudem wurde ein Augenmerk darauf gelegt, junge Kolleg:innen zu benennen. Gleichzeitig würden viele Kolleg:innen, die in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit in den Gremien geleistet haben, aufhören, so Bobbert weiter. Die Vorlage wurde ohne Wortmeldungen einstimmig angenommen.

**Abgeordnetenwahl zum Deutschen Ärztetag in Mainz**  
Anschließend mussten die Delegierten entscheiden, welches Berechnungsverfahren für die Platzvergabe der Abgeordneten der Deutschen Ärztetage in der 16. Amtsperiode gelten soll. Zur Wahl standen das Quotenverfahren nach Hare/Niemeyer oder das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt. Dazu meldete sich Dr. med. Otto Ziehaus (Liste Integrative Medizin – LIMed Berlin) zu Wort und plädierte für das bisher angewandte Hare/Niemeyer-Verfahren, das auch kleine Listen wie die seine berücksichtige. Das andere Verfahren

würde seiner Meinung nach einen Verlust an Pluralität bedeuten. Diese gelte es zu erhalten, auch im Hinblick auf das Ziel, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Es wäre widersinnig, dies jetzt durch Einschränkungen zu konterkarieren. Für ihn als einzigen Delegierten seiner Liste würde das neue Wahlverfahren bedeuten, dass er nicht am DÄT teilnehmen könne. Ziehaus schlug vor, die Festlegung des Berechnungsverfahrens zunächst im Satzungsausschuss zu diskutieren und erst für die nächste Wahlperiode vorzusehen. Gewohnheitsrechtlich sollte für diese Wahl keine Änderung vorgenommen werden.

Dr. med. Sandra Blumenthal (HAUSÄRZTINNEN UND HAUSÄRZTE IN BERLIN) schloss sich Ziehaus an und sagte: „Ich glaube, es gibt Menschen, die gerne wollen, dass ich dort hinfahre.“ Immerhin habe sie die dritthöchste Stimmenzahl bei der Kammerwahl auf sich vereint. Veelken merkte an, es sei gut, dass aufgefallen sei, dass das Wahlverfahren bisher nicht in der Satzung geregelt sei und man daher in der DV eine Entscheidung hierzu treffen müsse. Aus seiner Sicht könne man nicht davon ausgehen, dass man mit einem Sitz als Liste in der Delegiertenversammlung auch einen Sitz als Liste beim DÄT habe. „Das ist für mich eine Überrepräsentation“, sagte er. Seiner Meinung nach sei das d'Hondt-Verfahren besser geeignet.

Auf Antrag von Dr. med. Kirsten Kuhlmann (ALLIANZ BERLINER ÄRZTINNEN UND ÄRZTE – MEDI Berlin – Virchowbund) wurde die folgende Abstimmung geheim abgehalten. Im Ergebnis stimmten bei 38 gültigen Stimmen 27 Delegierte für das d'Hondt-Verfahren und 10 für das Hare/Niemeyer-Verfahren.

Anschließend wurden die zwölf Mitglieder der 4. Vertreterversammlung der Berliner Ärzteversorgung von den Delegierten gewählt. Da vier Wahlvorschläge zur Wahl antraten,

fand eine Verhältniswahl statt. Auf den Wahlvorschlag Nr. 1 FrAktion Gesundheit entfielen neun Stimmen; dies entspricht drei Sitzen. Der Wahlvorschlag Nr. 2 Marburger Bund bekam 15 Stimmen bzw. fünf Sitze. Der Wahlvorschlag Nr. 3 ALLIANZ BERLINER ÄRZTINNEN UND ÄRZTE – MEDI Berlin – Virchowbund – Hartmannbund Plus konnte ebenfalls neun Stimmen bzw. drei Sitze erlangen und der Wahlvorschlag Nr. 4 HAUS-ÄRZTINNEN UND HAUSÄRZTE IN BERLIN erhielt fünf Stimmen bzw. einen Sitz.

### **Politische Willensbildung transparenter gestalten**

Auf Antrag der FrAktion Gesundheit sollen die in der Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin diskutierten Anträge und Beschlüsse künftig in einem Antragsportal öffentlich einsehbar sein. Dieses soll sich an dem Online-Portal der Bundesärztekammer zu Anträgen und Beschlüssen der Deutschen Ärztekammer orientieren. Um die Umsetzung nicht durch technische und/oder finanzielle Gründe zu verzögern, solle zunächst angestrebt werden, sowohl beschlossene als auch abgelehnte Anträge im PDF-Format „an geeigneter und leicht auffindbarer Stelle“ auf der Website der Ärztekammer Berlin zu veröffentlichen. Ziel sei es, nachvollziehbarer zu machen, mit welchen Themen und mit welchen Ergebnissen sich die Delegiertenversammlung befasst.

Dr. med. Katharina Thiede (FrAktion Gesundheit) begründete den Antrag ihrer Liste damit, dass sie die geringe Wahlbeteiligung beschäftigt und betroffen gemacht habe. Es sei daher besonders wichtig, den Service der Kammer zu verbessern, aber auch die gesundheitspolitische Bedeutung der Kammer hervorzuheben. Die inhaltliche Willensbildung solle für die Kammermitglieder nachvollziehbar gemacht werden. Dazu sei ein Antragsportal geeignet.

Bobbert antwortete, dass der Antrag bereits im Vorstand diskutiert worden sei und dessen Mitglieder die Auffassung teilten, dass Informationen möglichst niedrigschwellig zur Verfügung gestellt werden sollten, auch um die Akzeptanz der Arbeit zu erhöhen. Es müsse auch öffentlich gemacht werden, wie das Ehrenamt arbeitet, woran gearbeitet wird und wie man dabei vorgeht. „Aber ist das Antragsportal dafür das richtige Instrument?“, fragte er rhetorisch. Seiner Meinung nach sei ein solches Tool nicht so effektiv, wie es sein sollte. PDFs zur Verfügung zu stellen sei ein erster Schritt, aber man müsse generell eine bessere und attraktivere Lösung finden und sich die Frage stellen: Wie berichten wir über die DV? Dazu solle seiner Meinung nach die zuständige Abteilung Digitalisierung / Kommunikation ein Konzept entwickeln und noch in diesem Jahr Wege aufzeigen, wie dies geschehen könne. Dabei müsse kritisch hinterfragt werden, ob die getroffenen Maßnahmen wirksam seien. Sollte sich etwa herausstellen, dass die Klickzahlen der PDFs zu gering sind, müsse eine solche Lösung verworfen werden.

Ihm sei es wichtig, so Veelken, dass die Breite der Diskussionen dargestellt werde. Man habe in der Vergangenheit gesehen, wie einseitig über die Delegiertenversammlung berichtet worden sei. Bei der Suche nach einer Lösung sollten die Delegierten mit einbezogen werden. Man solle „einfach mit einer pragmatischen Variante beginnen“, ergänzte Thiede. Dr. med. Thomas Werner (Marburger Bund) betonte, dass der Vorstand das Anliegen der FrAktion Gesundheit ausdrücklich unterstütze. Die Beschlüsse der Delegiertenversammlung müssten transparenter werden und es müsse schnellstmöglich damit begonnen werden.

Dr. med. Eva Müller-Dannecker (FrAktion Gesundheit) stellte sodann fest, dass man sich einig sei, dass Transparenz nicht schade. Es sei gut, sich mit dem Hauptamt zusammenzusetzen und betonte, dass ihre Liste dabei sein wolle. Prof. Dr. med. Rajan Somasundaram (Marburger Bund) fasste schließlich zusammen, dass klar sei, dass man die Arbeit sichtbarer und transparenter machen wolle. Er frage sich jedoch, ob in einer Zeit, in der man mit Informationen „tamponiert“ werde, ein Haufen PDFs das richtige Konzept seien. Auch würde er sich fragen, ob man sich die Ressourcen für die Umsetzung leisten könne. „Wir müssen pragmatisch sein“, fügte er hinzu. Dr. med. Susanne von der Heydt (Marburger Bund) hob hervor: „Wir alle wollen, dass unsere Arbeit gesehen wird“. Durch die Bereitstellung von PDFs könne dies erreicht werden. Ein Antragsportal wie das der BÄK für den DÄT halte sie aber nicht für geeignet. Vielmehr sollte gut überlegt werden, wie die kontroversen Diskussionen in den Berichten von der Delegiertenversammlung in den „Berliner Ärzt:innen“ dargestellt werden könnten. Diese gut zusammenzufassen, sei die Kunst.

Daraufhin meldete sich Niels Löchel, Leiter der Abteilung Digitalisierung / Kommunikation, zu Wort. Der Wunsch nach mehr Transparenz und Sichtbarkeit sei für ihn nachvollziehbar. Eine konkrete Festlegung von Maßnahmen durch die DV sehe er jedoch kritisch. Zum einen sei ein Antragsportal ein sehr komplexes Projekt und zum anderen höre sich die Bereitstellung der Anträge als PDF auf der Website zwar einfach an, binde aber auch Personal. Er schlage vor, verschiedene Ansätze auszuprobieren und zu evaluieren, ob sie wirklich effektiv sind.

Veelken erinnerte daran, dass nach seiner Auffassung die Kammer eine politische Institution sei. Demokratische Prozesse müssten sichtbar gemacht werden. Die Kammermitglieder müssten nachlesen können, was von der DV beschlossen wurde – man müsse von den Wähler:innen wahrgenommen werden. Auf Instagram habe die Kammer noch keine hohen Klickzahlen generieren können. Das brauche Zeit. „Wir sind die Legislative. Unsere Ideen müssen verständlich sein. Service und Abbildung der politischen Diskussion –

es braucht beides.“ Man dürfe sich nicht fragen, ob man sich das leisten könne.

Stefan Hochfeld (FrAktion Gesundheit) ergänzte, klar werde man mit vielen Informationen zugeschüttet, aber mit der Bereitstellung der Anträge als PDF könnten die Ärzt:innen aktiv zugreifen. Themen und Diskussionen könnten rekapituliert werden. Die Verfügbarkeit sei wichtig, nicht die Klickzahlen. Dr. med. Stefan Skonietzki (ALLIANZ BERLINER ÄRZTINNEN UND ÄRZTE – MEDI Berlin – Virchowbund) beantragte daraufhin, den Antrag an den Vorstand zu verweisen. Dieser solle ein intelligentes Konzept für mehr Sichtbarkeit und eine bessere Außendarstellung erarbeiten lassen. Dr. med. Andreas W. Quurke (ALLIANZ BERLINER ÄRZTINNEN UND ÄRZTE – MEDI Berlin – Virchowbund) stellte, vermutlich aufgrund der Fülle der Wortbeiträge, einen Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf 60 Sekunden. Dieser wurde mehrheitlich angenommen. Prof. Dr. med. Jörg Weimann, D.E.A.A., (Marburger Bund) stellte sodann in der gebotenen Kürze fest, dass mehr Transparenz notwendig sei, es aber gleichzeitig „vermessen wäre zu glauben, dass wir die Wahlbeteiligung erhöhen, weil wir uns mit uns selbst beschäftigen“.

Thiede fasste schließlich zusammen, sie nehme die Kritik an der starren Formulierung des Antrages ernst und formuliere diesen daher um: Man solle die Anträge zunächst an geeigneter Stelle auf der Website zugänglich machen und in den nächsten Monaten ein Konzept für mehr Transparenz und Sichtbarkeit erarbeiten. Dr. med. Claudio Freimark (Marburger Bund) regte noch an, es der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin gleichzutun und eine Klausurtagung der Delegiertenversammlung zu organisieren, um sich konstruktiv mit der Frage „Was können wir für mehr Transparenz tun?“ auseinanderzusetzen.

Dann wurde abgestimmt: Der Antrag zur Vorstandsüberweisung wurde mit 14 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen sowie einigen Enthaltungen abgelehnt. Darauf las Bobbert den modifizierten Antrag der FrAktion Gesundheit vor, wonach zunächst die Anträge der Delegiertenversammlung – soweit möglich – kurzfristig auf der Website der Kammer öffentlich gemacht und nachgehalten werden und zudem ein Konzept entwickelt werden solle, wie die politische Willensbildung nachvollziehbarer kommuniziert werden könne. Dieser Antrag wurde mit 23 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und einigen Enthaltungen angenommen.

### **Antrag: „Entschließung gegen rechts“**

Den folgenden Antrag der FrAktion Gesundheit fasste Veelken folgendermaßen zusammen: Er sei angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen sehr besorgt. Mit Freude habe er daher die Pressemitteilung „Ärztammer Berlin stellt sich gegen Rechtsextremismus“ vom 18. Januar 2024

wahrgenommen. Er sei dankbar für die Initiative von Prof. Dr. med. Christof Müller-Busch (FrAktion Gesundheit), das Bekenntnis gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus auch von der Delegiertenversammlung ausgehen zu lassen und hoffe, dass dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen werde.

Um Missverständnisse zu vermeiden, regte Bobbert eine Änderung der Überschrift an, sodass man sich auf „Entschließung gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus“ statt auf „Entschließung gegen rechts“ einigte. Anschließend wurde diskutiert, ob auch die Begründung des Antrags veröffentlicht werden solle. Darin wird etwa auf die Recherchen des unabhängigen Recherchenetzwerks Correctiv über ein geheimes Treffen von AfD, Neonazis und rechtsgesinnten Unterstützer:innen über Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland eingegangen. Busch erklärte, dass für ihn der Anlass, die Recherche von Correctiv, für die Begründung des Antrages sehr wichtig sei. Sie sei die Grundlage für den Beschluss. Den Bezug zur Wirklichkeit erachte er als wesentlich. „Wir haben diese Haltung gegen Extremismus immer, ob das nun Journalisten herausfinden oder nicht“, sagte von der Heydt im Hinblick auf die Recherche. Daher sei aus ihrer Sicht die Begründung entbehrlich. Zudem wüssten alle, dass ein kürzerer Text meist besser sei. Dieser sei im Übrigen super formuliert, sagte sie mit Blick zu Müller-Busch. Blumenthal entgegnete, die Begründung sei für sie wichtig, da man sich damit direkt an eine Partei richte. Sie würde ungern auf die Begründung verzichten. Für ihn sei die Nennung der Partei entbehrlich, antwortete wiederum Prof. Dr. med. Tobias Tenenbaum (Marburger Bund), da jeder wisse, welche Partei gemeint ist. In der folgenden Abstimmung einigte man sich darauf, die Begründung nicht zu veröffentlichen. Danach wurde einstimmig für den Antrag gestimmt.

Bobbert schloss die DV mit den Worten, Anträge wie diese seien wichtig, aber vielmehr zähle das konkrete Engagement aller. „Wir Ärztinnen und Ärzte zeigen unmissverständlich Haltung und leben unsere Werte, im privaten wie im beruflichen Leben“. Dafür dankte er allen Delegierten und verabschiedete sie in den Abend.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 24. April 2024 statt. /



**Ole Eggert**

Pressesprecher und Leiter der  
Stabsstelle Presse / Gesundheitspolitik  
Foto: André Wagenzik